

*Es war einmal ...
Steuergerechtigkeit*

ÖGB

Ein Projekt der Wiener Gewerkschaftsschule, Lehrgang 64A



*„Zwischen dem Schwachen
und dem Starken ist es die
Freiheit, die unterdrückt, und
das Gesetz, das befreit.“*



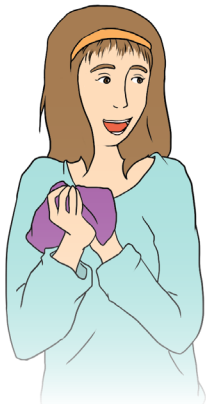
Jean Baptiste Henri Lacordaire

IMPRESSUM: Österreichischer Gewerkschaftsbund; 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 53444 39100, ZVR-Nummer: 576439352; Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Ein Projekt der Wiener Gewerkschaftsschule, Lehrgang 64A; Juni 2012



Herzlichen Dank an Mag. Georg Kovarik, volkswirtschaftlicher Experte im ÖGB, für seinen fachlichen Rat, und an Isabelle Carhoun aus der ÖGB-Kommunikation für ihre Zeichnungen.

„Guten Tag, Frau Hofrat!
Wie immer?“



„Ja, falls ich mir das über-
haupt noch leisten kann!“



„Da mache ich mir keine Sorgen, Gnä' Frau!“

„Lesen Sie denn keine Zeitungen? Was man unsereins mittlerweile an Steuerlast zumutet!“



„Zahlen wir nicht alle gleich viel Steuern?“



WAHR IST ABER:



Beide Damen zahlen zwar für die Güter des täglichen Bedarfs gleich viel. Weil aber ihre Einkommen sehr unterschiedlich sind, ist auch die Belastung ungleich. Ärmere Bevölkerungsschichten sind viel stärker belastet. Nur bei Lohn- und Einkommensteuer steigt der Steuersatz mit dem steigenden Einkommen – je höher das Einkommen, desto höher der Steuersatz.

Dazu kommt: Die großen Vermögen werden in Österreich im Vergleich zu „kapitalistischen“ Ländern wie USA oder Großbritannien kaum belastet, obwohl sie sich alleine schon durch die Verzinsung ständig vermehren. Einkommen, für das man nichts arbeiten muss.

„Na, mein Mann zahlt ja schon mehr als die Hälfte Steuern auf alles, was er verdient, und jetzt wollen's auch noch unser Vermögen besteuern!“

„Ich dachte, die Vermögenssteuer kommt eh nicht?“





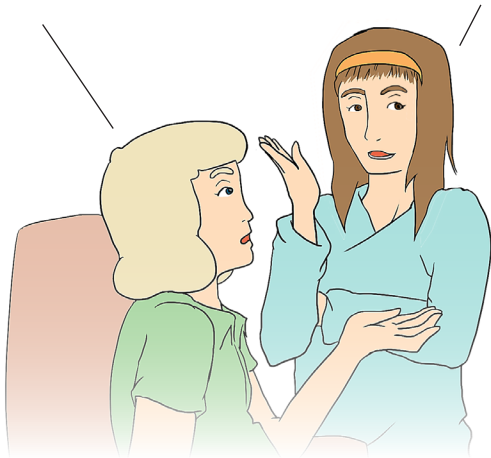
WAHR IST ABER:

Mehr als die Hälfte Steuern auf den Verdienst – unmöglich. Auch die Top-VerdienerInnen zahlen für die ersten 11.000 Euro des zu versteuern- den Einkommens nichts; nur für einen kleinen Teil ihres Einkommens zahlen sie den Spitzensteuersatz von annähernd 43,71 Prozent. Eine Belastung von 50 Prozent zu erreichen, ist nicht einmal durch die Kombination aus Lohnsteuer und Sozialversicherung möglich.

Wahr ist, dass Österreich im Jahr 2009 schon auf der vorläufigen Steueroasen-Liste der OECD aufscheint. Die Arbeitskamele mit ihren Ersparnissen aus der Erwerbsarbeit sind aus dieser Oase freilich ausgeschlossen.

„Sagen S', haben S' nicht von diesem unsäglichen Steuerabkommen mit der Schweiz g'hört?“

„Tschuldigung, ist das nicht Geld, das unversteuert in der Schweiz liegt?“





NEU IST:

Die Bundesregierung hat ein Steuerabkommen mit der Schweiz geschlossen. Mit einer Steueramnestie soll in der Schweiz gehaltenes Vermögen legalisiert und künftige Steuerhinterziehung verhindert werden. Die Schweizer Banken werden auf bisher unbesteuertes Vermögen eine Steuer einheben. Mit diesem pauschalen Betrag gilt die Steuer für österreichische „Steuerflüchtlinge“ als abbezahlt, es droht ihnen kein Finanzstrafverfahren.

Die Lösung ist wohl nicht das Gelbe vom Ei – im Vergleich zu vorher allerdings „besser als nichts“.

„Na gehen S', auf Ihrem Sparbuch sind nur ein paar Euro! Wissen S', was wir jetzt alleine an Steuern und Abgaben für unsere Immobiliengeschäfte zahlen müssen?“

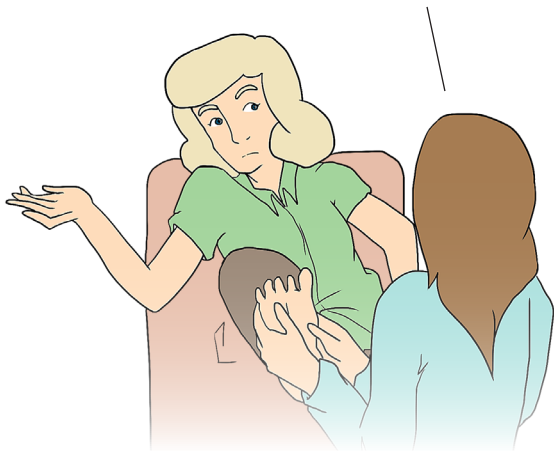




WAHR IST:

In den letzten Jahren ist es gelungen, die Vermögenden – die diese Finanzkrise verursacht haben – zu mehr Steuerleistungen zu bringen. Durch die Einführung der Wertpapier-, der Kapitalertragssteuer und der Bankenabgabe wurden richtige Schritte gesetzt. Auch die Rücknahme der unter Finanzminister Grasser eingeführten Steuerfreiheit für Manager-Aktienprämien (sog. Stock Options) kann hier angeführt werden. Dabei handelt es sich um positive Akzente, die jedoch nicht die Einführung einer Vermögenssteuer für die Reichen ersetzen können.

„Ich buckl' den ganzen Tag vor meinen Kundinnen, dafür muss ich beim Einkaufen genauso viel Mehrwertsteuer zahlen wie die Leute, die sich einen Massagestuhl leisten können.“



WAHR IST ABER:

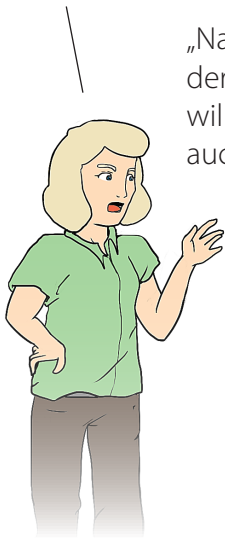
Die Konsumsteuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, ...) sind für Reich und Arm gleich. Wer wenig verdient, gibt aber im Verhältnis zum Einkommen mehr aus und trägt daher auch eine höhere Steuerbelastung. Wenig Verdienende haben schlicht keine andere Möglichkeit, als den Großteil ihrer Löhne und Gehälter auszugeben, zum Sparen bleibt da kaum etwas über.

Fazit: Die untersten 10 Prozent unserer Gesellschaft tragen eine größere Steuerlast als die obersten 10 Prozent. Deshalb fordert der ÖGB unter anderem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf wirklich große Vermögen.

Fair zahlen, mehr zahlen. Damit der Sozialstaat auch in Zukunft sicher ist.



„Über zwei Stunden musste ich mir das Gesudere der Kosmetikerin anhören.“



„Na, unmöglich! Und hier steht, dass der ÖGB noch mehr Steuern von uns will, und den Sozialstaat wollen sie auch noch ausbauen...“





Ein Projekt der Wiener Gewerkschaftsschule, Lehrgang 64A

OGB
www.oegb.at